

HT 2010: Clan-Strukturen und Policy-Akteure. Die Machtzentralen der staatssozialistischen Parteien zwischen Poststalinismus und Perestroika

Veranstalter: Jens Gieseke / Rüdiger Bergien, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam; Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands (VGD)

Datum, Ort: 28.09.2010-01.10.2010, Berlin

Bericht von: Florian Peters, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam / Humboldt-Universität zu Berlin

Ein nachgerade bilderstürmerischer Impetus lag der von Rüdiger Bergien und Jens Gieseke organisierten Historikertags-Sektion zu den zentralen Parteibükratien im poststalinistischen Staatssozialismus zugrunde: An die Stelle verbreiteter Vorstellungen von sauber schnurrenden Apparaten, von nach außen hermetisch abgeschlossenen und nach innen homogenen Machtmaschinen sollten neue, akteurszentrierte Perspektiven gesetzt werden, die soziale Beziehungsgeflechte, Heterogenität und gegenläufige Dynamiken innerhalb der staatssozialistischen Machtzentralen in den Mittelpunkt der Betrachtung rücken. In diesem Sinne forderte JENS GIESEKE (Potsdam), den positivistischen Glauben an die durch die Archivöffnung nach 1989 zur Verfügung gestellten Aktenmassen hinter sich zu lassen und sich methodologischen Alternativen zu öffnen. Zugleich betonte er, dass diese alternativen Ansätze nicht vollkommen neu zu erfinden sind, sondern sich ihrerseits durchaus auf Forschungstraditionen berufen können. Fragen nach „Kulturen des Politischen“ und praxeologische Ansätze, die bisher vor allem auf die Basis diktatorischer Herrschaftssysteme bezogen worden seien, seien verstärkt auch für die Erforschung der Spitze staatssozialistischer Herrschaft in der Phase „zwischen Poststalinismus und Perestroika“ fruchtbar zu machen.

Das Potential solcher Ansätze illustrierten vier Referate, die die Sowjetunion in der Breschnew-Ära, die DDR sowie die ungarisch-rumänischen Beziehungen in den 1980er-Jahren in den Blick nahmen. Den Anfang machte SUSANNE SCHATTEBERG

(Bremen) mit ihrem Beitrag über die „dnepropetrinische Epoche“ in der russischen Geschichte. So nämlich sei die Herrschaft Breschnews, die sich auf ein klientelistisches System von Gefolgsleuten aus dessen Heimatregion Dnepropetrowsk stütze, in einem zeitgenössischen Sprichwort bezeichnet worden – und dies nicht zu Unrecht, sei doch der breschnewsche Klientelismus keineswegs als systemwidrige Korruption zu fassen, sondern vielmehr als Kern des sowjetischen Systems in seinem damaligen Entwicklungsstadium. Zu verstehen sei dies nur im Kontext der Erfahrungen mit der terroristischen Führung unter Stalin einerseits und dem von der Parteielite als Bedrohung empfundenen Reformeifer Chruschtschows andererseits. Unter diesen Bedingungen könne Breschnew als „wandelnde vertrauensbildende Maßnahme“ (Christoph Boyer) durchaus nicht als schwacher Führer gesehen werden. Dass beide Nachfolger Breschnews, Andropow und Tschernenko, dessen Protegés gewesen waren, beweise die nachhaltige Prägestkraft des breschnewschen Patronagesystems ebenso wie das Scheitern der Reformen Gorbatschows. Denn diese hätten sich eben nicht, wie Gorbatschow meinte, gegen Deformationen des Sowjetsystems gerichtet, sondern gegen das eigentliche System.

Während Schattenberg sich auf die unmittelbare Spitze der sowjetischen Führung konzentrierte, richtete FRANCESCO DI PALMA (Berlin) den Blick auf eine untergeordnete Leitungsebene, und zwar die außenpolitische Abteilung des Zentralkomitees der SED. Sein Interesse galt den Spielräumen der SED in der Zusammenarbeit mit den kommunistischen Parteien Italiens und Frankreichs PCI und PCF, die aufgrund der programmatischen Differenzen zwischen dem moskautreuen PCF und dem eurokommunistischen, auf einen Dritten Weg orientierten PCI unter Enrico Berlinguer von besonderer Brisanz gewesen sei. War die Verurteilung der Niederschlagung des Prager Frühlings durch den PCI für die SED noch inakzeptabel, habe im Laufe der 1970er-Jahre ein Wandlungsprozess stattgefunden, der den PCI als Mittler zwischen Ost und West zunehmend wertgeschätzt, die dogmatische PCF-Linie hingegen als Zeichen von Schwäche interpretiert ha-

be. In diesem Zusammenhang seien die Bewertungen des außenpolitischen Ressorts der SED differenziert und die Kompetenzzuordnungen keinesfalls monolithisch. Als Ergebnis konstatierte di Palma eine partiell eigenständige internationale Politik der SED gegenüber den westeuropäischen kommunistischen Parteien.

Auch PETRU WEBER (Szeged) widmete sich den differenzierten Einflussfaktoren auf die Außenpolitik der Staatsparteien innerhalb des sowjetisch dominierten Ostblocks. Seine Darstellung der konfliktreichen ungarisch-rumänischen Beziehungen in den 1980er-Jahren zeigte die zunehmend offen ausgeprägten Differenzen zwischen beiden Parteien auf, die sich im Wesentlichen an der Frage der bedeutenden ungarischen Minderheit in Rumänien entzündeten. In Folge der reformkommunistischen Öffnung in Ungarn 1988/89 habe insbesondere der sinkende Grad der Parteikontrolle über Medien und gesellschaftliche Initiativen in Ungarn zu Verstimmungen auf rumänischer Seite beigetragen. Von ihrem eigenen Handlungsrahmen ausgehend, habe die monolithisch strukturierte rumänische Führung unter dem „conducator“ Ceausescu kritische Berichte in der ungarischen Presse und die Tolerierung einer Großdemonstration für die Rechte der ungarischen Minderheit als Teile einer von oben gesteuerten antirumänischen Kampagne interpretiert. Andererseits sei auffällig, dass sich die ungarische Zensur bei rumänischen Themen grundsätzlich liberaler zeigte als bei inländischen Problemen. Insofern sei die Evolution der jeweiligen inneren Herrschaftspraxis in beiden Ländern als zentraler Faktor der beiderseitigen Beziehungen zu verstehen.

Mit seiner systematischen Analyse der „Brigadeeinsätze“ der Abteilungen des SED-Zentralkomitees bei untergeordneten Parteien thematisierte RÜDIGER BERGIEN (Potsdam) am direktesten einen Aspekt der staatssozialistischen Parteiherrschaft, der im Rahmen der durch die Sektion zu hinterfragenden konventionellen Interpretationen für gewöhnlich als Instrument der von oben ausgeübten Disziplinierung und Kontrolle gedeutet wird. Solchen Bewertungen hielt Bergien entgegen, die Brigadeeinsätze seien vor allem als performative Inszenierungen zu ver-

stehen, die sich keinesfalls in ihrem repressiven Charakter erschöpften. Die in der Regel nicht vom Politbüro, sondern von den Abteilungsleitern des ZK in eigener Verantwortung angeordneten Einsätze hätten mehrheitlich weniger den Charakter eines inquisitorischen Strafgerichtes gehabt, sondern vielmehr auf die inszenierte Wiederherstellung ideologischer Kohäsion zwischen verschiedenen Ebenen der Partei gezielt. Hierfür sei das bloße Zitieren des „autoritativen Diskurses“ (Alexei Yurchak) seitens der untergeordneten Funktionäre ausreichend gewesen. Das Instrument der Brigadeeinsätze sei zugleich ein Symptom für die strukturelle Überforderung von Steuerungsorganen in staatssozialistischen Systemen, deren Funktionsfähigkeit nur mit Hilfe derartiger nicht-formalisierter Sondereinsätze zu gewährleisten gewesen sei.

Inwieweit allerdings im Rahmen dieser inszenierten Konsensherstellung individuelle Handlungsspielräume für die Beteiligten bestanden, wurde von CHRISTOPH BOYER (Salzburg) in seinem pointierten Kommentar in Frage gestellt. Die Struktur der Brigadeeinsätze wertete er als „subtil camoufflierten Monolithismus“, dessen kommunikativ-figurativer Charakter von seiner Repressivität nicht zu trennen sei. Zudem belege gerade der nicht-formalisierte Status der Brigadeeinsätze im Vergleich zu den formalisierten Sonderverwaltungen des Nationalsozialismus den monolithischen Anspruch der staatssozialistischen Bürokratie. Grundsätzlich verwies Boyer auf die noch zu leistende theoretische Konzeptionalisierung des Gegensatzes von Hierarchie und Handlungsspielräumen sowie der Erklärung von Dynamik angesichts des vergleichsweise hohen Grades an paradigmatischer Festlegung im Staatssozialismus. Aus dieser Perspektive sei auch die personale Herrschaftspraxis Breschnews nur unter spezifischen systemischen Bedingungen möglich gewesen, nämlich auf der Grundlage des Immobilitätspaktes der Eliten eines Systems, das mit seinem Latein am Ende ist.

Dass dies für die Erforschung eben dieses Systems durchaus noch nicht gilt, wurde durch die Sektion gut illustriert. Die Beiträge demonstrierten insgesamt überzeugend, dass selbst die Funktionsmechanismen der Machtzentralen im weiteren Sinne für Fragestellun-

gen jenseits des Paradigmas von Herrschaft und Repression gewinnbringend neu fokussierbar sind. Gerade die bisher eher vernachlässigte Phase zwischen dem Ende des Stalinismus und dem Beginn der Systemtransformation, für die sogar noch immer ein prägnanter Epochenbegriff fehlt, hält sowohl für empirische Forschungen als auch für die Theoriebildung noch eine Reihe von Herausforderungen bereit.

Sektionsübersicht:

Jens Gieseke (Potsdam): Einführung und Moderation

Susanne Schattenberg (Bremen): Dnepropetrovsk an der Macht. Clanstrukturen im ZK von Breschnew bis Gorbatschow

Francesco Di Palma (Berlin): Die ZK-Abteilung für internationale Verbindungen der SED und der Eurokommunismus der PCI und PCF. Akteure, Funktionsweise, Probleme

Petru Weber (Szeged): Minderheitenpolitik im Kommunismus. Steuerungsprobleme und institutionelle Konflikte der ungarischen und rumänischen KP-Zentralen in den achtziger Jahren

Rüdiger Bergien (Potsdam): Policy-Akteure im „Großen Haus“. Der ZK-Apparat der SED und die Performativität kommunistischer Herrschaft

Christoph Boyer (Salzburg): Kommentar

Tagungsbericht HT 2010: *Clan-Strukturen und Policy-Akteure. Die Machtzentralen der staatssozialistischen Parteien zwischen Poststalinismus und Perestroika*. 28.09.2010-01.10.2010, Berlin, in: H-Soz-u-Kult 06.11.2010.